



Pressespiegel zur Asylpolitik vom 21. Juni 2017

Erstellt von Mark Gärtner
gaertner@sprev.de

Geschehenes – Kurzmeldungen:

Blick nach Europa und die Welt

- Vergangene Woche wurden 3.000 Menschen aus dem Mittelmeer gerettet. Am Samstag griff die libysche Küstenwache Boote mit 908 Menschen auf und brachte sie zurück in das al-Nasr-Lager in Libyen. Am Montag berichteten Überlebende der Internationalen Organisation für Migration, dass in ihrem sinkenden Boot 120 weitere Menschen waren. Sie gelten als vermisst.
http://www.deutschlandfunk.de/mittelmeer-tausende-fluechtlinge-aus-seenot-gerettet.1939.de.html?drn:news_id=757842 (16.06.17)
<http://www.tagesspiegel.de/politik/fluechtlinge-moeglicherweise-mehr-als-120-tote-im-mittelmeer/19953652.html> (19.06.17)
<http://www.salzburg.com/nachrichten/dossier/fluechtlinge/sn/artikel/mehr-als-900-fluechtlinge-nach-libyen-zurueckgebracht-252415/> (20.06.17)
- Mehr als 65 Millionen Menschen waren 2016 weltweit auf der Flucht. Dies hat der UNHCR in seinem Jahresbericht anlässlich des Weltflüchtlingstags angegeben. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Zahl um 300.000 Menschen. Die Zahl derer, die sich im Jahr 2016 erstmals auf den Weg machten blieb mit 10,3 Millionen auf einem sehr hohen Stand. PRO ASYL, der Paritätische Gesamtverband, der Jesuiten-Flüchtlingsdienst, der Republikanische Anwaltsverein und die Neue Richtervereinigung warnten davor, dass die EU die Verantwortung für Schutzsuchende in Drittstaaten abwälze, in denen „Rechtsunsicherheit und Aussichtslosigkeit“ herrschten.
<http://www.mdr.de/nachrichten/politik/ausland/fluechtlinge-unhcr-bericht-100.html> (19.06.17)
- Knapp 2.000 Schutzsuchende haben Australien vor einem Gericht im Bundesstaat Victoria auf Entschädigung wegen körperlicher und seelischer Verletzungen geklagt und nun Recht bekommen. Sie waren in einem Lager auf der Insel Manus in Papua-Neuguinea interniert. Das Oberste Gericht Papua-Neuguineas hatte das Lager im Jahr 2016 als illegal und verfassungswidrig eingestuft, es soll bis Oktober diesen Jahres geschlossen werden. NGOs wie Amnesty International werfen Australien seit Langem vor, dass in den Lagern gefoltert werde, dass sexuelle Übergriffe an der Tagesordnung seien und die gesundheitliche Versorgung absolut unzureichend.
<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2017-06/australien-asylsuchende-klage-manus-nauru-fluechtlingslager> (14.06.17)
- Amnesty International hat die USA und Mexiko für ihre Abschottungs- und Abschiebepolitik

kritisiert. Die in Zäune, Mauern und Patrouillen gegossene Weigerung, fliehende Menschen über die gemeinsame Grenze beider Staaten Richtung USA zu überqueren, treibe die Todeszahlen in die Höhe. In den von den Vereinigten Staaten eingerichteten Haftzentren hielten sich Menschen, auch Familien mit Kindern, über 600 Tage auf. Die Haftdauer solle unter US-Präsident Donald Trump noch erhöht, die Kapazität der Lager verdoppelt werden. Mexiko wiederum habe 144.000 Menschen abgeschoben, 97% von ihnen wurden zurück nach El Salvador, Guatemala und Honduras gebracht. Alles Länder, in denen „exzessive Bandengewalt“ (Amnesty) vorherrsche.

<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2017-06/amnesty-international-usa-mexiko-fluechtlinge-menschenrechte> (15.06.17)

- Laut Berichten der in Griechenland erscheinenden *Efimerida* verzögern die griechische und deutsche Regierung den Familiennachzug selbst dann, wenn alle Formalitäten geklärt und alle Fristen abgelaufen sind. Der Journalist Dimitris Angelidis und sein Team hatten herausgefunden, dass beide Regierungen sich darauf verständigten, nur noch 70 Menschen im Rahmen des Dublin-Familiennachzugs von Griechenland nach Deutschland reisen zu lassen. Die Vereinbarung zeigt Wirkung: kamen im März noch 500 Menschen auf Grund der Regelung, sank die Zahl im April auf 74 und im Mai auf genau 70.
http://www.deutschlandfunk.de/fluechtlinge-in-griechenland-bremst-bundesregierung.795.de.html?dram:article_id=388637 (14.06.17)
- Durch das Dublin-System sollen Schutzsuchende in die EU-Mitgliedsstaaten abgeschoben (juristisch korrekt sind es bei Dublin „Rückführungen“) werden, die für sie zuständig sind. Aus Deutschland in andere Mitgliedsstaaten wurden zwischen Januar 2016 und März 2017 7,3% der von Dublin Betroffenen abgeschoben. Deutschland nahm wiederum aus anderen Mitgliedsstaaten 37,1% der Betroffenen auf.
<http://www.mdr.de/nachrichten/politik/ausland/abschiebung-asylbewerber-fluechtlinge-eu-100.html> (13.06.17)
- Die EU-Kommission hat Vertragsverletzungsverfahren gegen Polen, Tschechien und Ungarn eingeleitet. Diese Staaten weigern sich, Menschen aus Griechenland und Italien aufzunehmen so wie es im September 2015 beschlossen wurde. Die anderen Mitgliedsstaaten haben bisher 20.869 Menschen aufgenommen. Beschlossen wurde eine Umverteilung von 120.000.
<http://www.tagesspiegel.de/politik/fluechtlinge-in-europa-eu-geht-juristisch-gegen-ungarn-polen-und-tschechien-vor/19929908.html> (13.06.17)
- Im Kosovo wurde ein neues Parlament gewählt. Die Demokratische Partei (PDK) gewann die Wahl. Parteichef Ramush Haradinaj könnte nach zwölf Jahren wieder Regierungschef werden, die Koalitionsbildung wird sich jedoch als schwierig gestalten. Haradinaj wird von Serbien als Kriegsverbrecher eingestuft, vor dem UN-Kriegsverbrechertribunal wurde er zweimal freigesprochen. Es wird erwartet, dass sich die Spannungen zwischen Serbien und dem Kosovo verschärfen. Serbien betrachtet den Kosovo als Teil seines Staatsgebiets.
<https://www.tagesschau.de/ausland/kosovo-wahl-103.html> (12.06.17)

Bund, Land, Kommune

- Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hat massive Probleme, eine rechtmäßige und ordentliche Verwaltung zu führen. So weit so bekannt. Die *Zeit* zitiert aus internen BAMF-Berichten, die den Missstand näher erläutern. Ende 2015 holt sich das Amt Mitarbeiter*innen aus anderen Behörden. Soldat*innen, Postangestellte, Angestellte der Arbeitsagentur und Archäolog*innen sollen nun über das Grundrecht Asyl entscheiden. In einem Bericht des *MDR* von Januar wird zudem davon berichtet, dass etwa 130 Mitarbeiter*innen nicht für den gehobenen Dienst qualifiziert waren. Waren es noch 2000

Angestellte im Herbst 2015, hatte das BAMF zwischenzeitlich 10.000 Mitarbeiter*innen. Die Neuen hätten einen Ausbildungsstand von lediglich 21,6%. 15% hätten keine „Entscheider-relevante Qualifizierungsmaßnahme“ durchgeführt. Nur: viele seien noch sechs Monate im Einsatz. Die nächste Schulungsoffensive beginnt im September 2017. Bis dahin werden diese Neuen weiter angestellt bleiben.

Vor allem entscheiden die Neuen über die Asylanträge, hören also nicht die Asylantragsteller*innen an. Standard wäre, dass beide Tätigkeiten von einer Person im jeweiligen Einzelfall ausgeführt werden. Dieser Standard soll nun wiederhergestellt werden nachdem einer der Neuen unerfahrenerweise Franco A.s, Asylantrag positiv beschied.

Künftig wird jede 20. Anhörung und der dazugehörige Bescheid einer Qualitätsprüfung unterzogen, so die Ankündigung von BAMF-Chefin Jutta Cordt. Nur: 18% der Bescheide syrischer Staatsangehöriger sind „nicht plausibel“, bei afghanischen Staatsangehörigen sind es gar 46%. Dies hat ein Revisionsbericht ergeben der nach dem Fall Franco A. In Auftrag gegeben wurde.

<http://www.zeit.de/2017/25/asylpolitik-bamf-fluechtlinge-fehler-asylantraege> (13.06.17)

- Auf der Innenministerkonferenz, die vergangene Woche in Dresden stattfand, wurden unter anderem die Bundesländer Berlin, Bremen und Nordrhein-Westfalen dazu aufgefordert, wie die anderen 13 die Schleierfahndung einzuführen. Ohne konkreten Verdacht können Polizist*innen so Menschen kontrollieren – eine Maßnahme die zumeist in Racial Profiling mündet. Außerdem wurde mit dem Gedanken gespielt, Kinder komplett durch Verfassungsschutzämter auszuspionieren. Auf Messenger-Kommunikation wie über WhatsApp hätten sie auch gern kompletten Zugriff. Bei der traditionell stattfindenden Verleihung des von Jugendliche ohne Grenzen ausgeschrieben Titels „Abschiebeminister des Jahres“ erhielt der bayerische Innenminister Joachim Herrmann den Zuspruch. Unter anderem setze er sich für Sammelabschiebungen in den Irak ein. Bei der Demo unter dem Motto „Perspektiven statt Desintegrationspolitik“ am Sonntag vor der Konferenz fanden sich unterschiedlichen Angaben zufolge 600 bis 800 Menschen zusammen um gegen Abschiebungen und immer weitere Asylrechtsverschärfungen zu protestieren.
http://www.focus.de/regional/sachsen/demonstrationen-vor-innenministertreffen-friedliche-demo-gegen-abschiebung_id_7235660.html (11.06.17)
<http://www.sueddeutsche.de/politik/konferenz-der-innenminister-ueberwachen-fuer-fortgeschrittene-1.3544561> (14.06.17)
- Der sächsische Ministerpräsident Stanislaw Tillich meint, dass Menschen in Sachsen mit der Demokratie hadern, sie aber nicht ablehnen würden. Damit ignoriert er zumindest die 58%, die im von seiner Regierung in Auftrag gegebenen Sachsen-Monitor angaben, die Bundesrepublik sei „gefährlich überfremdet“. Zudem sei es in Ordnung, ein wenig rechts zu sein wenn erst einmal Geflüchteten Gruppen identifiziert werden, die „das Bild schädigten“. Weiterhin relativiert er das Grundrecht auf Asyl indem er impliziert, dass eigentlich nur christliche Ärzt*innen hätten aufgenommen werden sollen. Denn wenn so ein Land Fachkräftebedarf hat, dann darf seine Bevölkerung natürlich rassistisch sein.
<http://www.tagesspiegel.de/politik/fremdenhass-im-freistaat-tillich-sachsen-hadern-mit-der-demokratie/19936288.html> (15.06.17)

Hintergrund und Meinung

- Ulrich Speck macht in der NZZ zwei dominante politische Strömungen aus, die das politische Spektrum heute ordnen und denen Staaten heute folgen würden. Der Nationalismus setze logischerweise auf die Handlungsfähigkeit des Nationalstaates, gerade Großbritannien und die USA würden nun diese Linie prominent vertreten. Der „Multilateralismus“ - und es ist fraglich ob dieser Begriff die Gegenbewegung zum Nationalismus tatsächlich erfasst – setze auf Kooperation, auf „grenzüberschreitende Zusammenarbeit als Antwort auf grenzüberschreitende Probleme“. Beide hätten ihre

Nachteile. Die des Nationalismus liegen auf der Hand – Konkurrenz und mangelnde Kooperation sind riskant. Die Schwachstelle des Multilateralismus sei, dass die Welt nach wie vor in Nationalstaaten organisiert sei. Die Staats- und Regierungschef*innen scheuten aus Angst die eigene Wählerschaft zu verlieren davor zurück, Entscheidungen zum Beispiel auf EU-Ebene vollumfänglich umzusetzen. Diese Praxis befördere gerade einen nationalen Backlash.

Dieser etwas einseitige Fokus auf Staaten sei ergänzt um eine weitere Empfehlung: die *Zeit* schreibt in ihrem Printangebot davon, dass es die Städte seien, die die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts bewältigten. Gerade weil die Nationalstaaten versagten, würden die Bürgermeister*innen einerseits Aufgaben übernehmen, andererseits aber auch aktiv Verantwortung an sich heranziehen. Als Beispiel werden die Sanctuary Cities in den USA herangezogen oder die Städte Europas, die sich aktiv für die Aufnahme von Geflüchteten aussprechen beziehungsweise ihr Ankommen und Bleiben organisieren und sich dabei europaweit vernetzen.

<https://www.nzz.ch/meinung/kolumnen/grossbritannien-und-die-usa-contra-kontinentaleuropa-zwei-entwuerfe-von-modernitaet-ld.1300736> (14.06.17)

Der Artikel der *Zeit* im Online-Bezahlangebot: <http://www.zeit.de/2017/25/buergermeister-staedte-anfuehrer-globalisierte-welt> (13.06.17)

- Andrej Ivanji beschreibt im *MDR* einen Rechtsruck, den die kroatische Gesellschaft vollziehe. Nationalismus und Faschismus seien im Aufstieg begriffen, der zwischen 1941 und 1945 von Nazideutschland abhängige Staat werde verklärt. Ivanji beobachtet, dass die Ustascha-Tradition (Ustascha für den kroatischen Faschismus) sich in der heutigen Popkultur etabliert habe. Schüler*innen würden zudem nichts zur Ustascha erfahren. Die politische Elite übernehme inzwischen den schon länger weitverbreiteten Nationalismus der kroatischen Gesellschaft und mache ihn so salonfähig.

<http://www.mdr.de/heute-im-osten/ostblogger/rechtsruck-kroatien-100.html> (16.06.17)

Der Pressespiegel wird herausgegeben von:

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.
Dammweg 5
01097 Dresden
E-Mail: info@saechsischerfluechtlingsrat.de

Refugee Law Clinic Leipzig
Burgstraße 27
04109 Leipzig
Email: refugeelawclinic@uni-leipzig.de

Der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. wird gefördert durch:

PRO ASYL
FÖRDERVEREIN PRO ASYL E.V.

Leben retten – Rechte schützen

 UNO-Flüchtlingshilfe